Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inj.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstraße 1. Louis Lösche, Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis vierteljährlich 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 25. Freitag den 25. Januar 1889. 83. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wir machen hierdurch bekannt, daß Gesuche um Ausstellung der nach §. 8 der Vieh- und Schlachthofs-Ordnung vom 14. Juni 1888, vgl. Beilage I zu derselben, bei der Einführung von Rindvieh in den städtischen Viehhof erforderlichen **Ursprungszeugnisse**, soweit solche von der unterzeichneten Behörde auszustellen sind, bei der Rep. VIII, **im Stadthause, II. Obergeschoß, Zimmer Nr. 113b**, woselbst auch Formulare gemäß Beilage I zur Vieh- und Schlachthofs-Ordnung abgegeben werden, anzubringen sind.

Leipzig, am 21. Januar 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.

VIII. 133. Dr. Georgi. Pezoldt.

Bekanntmachung.

Nachdem die nördlich der Christianstraße (Straße C des nordwestlichen Bebauungsplanes) zwischen der Wald- und Elsässer Straße gelegenen Reste der ehemaligen Leidenroth'schen Ziegeleilachen ausgefüllt sind, wird unsere Bekanntmachung vom 22. October vorigen Jahres hiermit aufgehoben und jede weitere Bodenablagerung daselbst bei Strafe bis zu 150 ℳ verboten.

Leipzig, den 21. Januar 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.

D 249. Dr. Georgi. Kretschmer.

Die Inhaber der als verloren, vernichtet oder sonst als abhanden gekommen angezeigten Pfandscheine Lit. W 99 140, Lit. X 1839, 16 590, 22 311, 30 989, 31 212, 37 865, 52 631, 56 495, 64 858, 68 567, 71 365, 73 971, 79 495, 85 451, 86 068, 91 160, 94 724, Lit. Y 28, 29, 2026, 7551, 8086, 11 321, 12 701, 14 891, 15 015, 17 673, 23 490, 29 129, 29 610, 30 366, 32 630, 32 631, 34 035, 36 490, 36 721, 39 536, 41 843, 41 942, 43 175, 44 220 werden hierdurch aufgefordert, sich damit unverzüglich und längstens bis zum Ablauf von 30 Tagen nach der auf jedem der Scheine bemerkten Verfallzeit bei unterzeichneter Anstalt zu melden, um ihr Recht daran zu beweisen, oder dieselben gegen Belohnung zurückzugeben, widrigenfalls der Leihhaus-Ordnung gemäß den Anzeigern die Pfänder ausgeliefert und die Inhaber der Scheine ihrer etwaigen Ansprüche daran verlustig gehen werden.

Leipzig, den 23. Januar 1889.

Die Verwaltung des Leihhauses und der Sparcasse.

Nutzholzauction.

Freitag, den **1. Februar** d. J., sollen von **Vormittags 9 Uhr** an auf dem diesjährigen Mittelwaldschlage dicht an der Leibnizbrücke im **Rosenthale**

ca. 35 Eichen-**Nutzklötze**,
" 16 Buchen- "
" 28 Rüstern- "
" 2 Linden- "
" 18 Ahorn- "
" 4 Eschen- "
" 3 Maßholder- " und
" 8 Eilern- "

unter den öffentlich aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft an der Leibnizbrücke.

Leipzig, am 18. Januar 1889.

Des Raths Forstdeputation.

Holzauction.

Montag, den 4. Februar c., sollen von Vormittags 9 Uhr an im **Forstreviere Connewitz** die in Abth. 22c, 23 und 24 aufbereiteten Hölzer, als:

3 Rmtr. Eichen-**Nutzscheite** I. Classe und
15 " " " II. Classe, sowie
ca. 72 " Eichen-
9 " Weißbuchen-
5 " Rüstern- } **Brennscheite**
2 " Eilern-
2 " Linden-

unter den öffentlich aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage in Abth. 22, links von der Connewitzer Linie, hinter den Heitzer Wiesen bei Connewitz.

Leipzig, am 21. Januar 1889.

Des Raths Forstdeputation.

Holzauction.

Montag, den 11. Februar c., sollen von Vormittags 9 Uhr an im **Forstreviere Connewitz**

ca. **140 starke harte Langhaufen**

unter den im Termine öffentlich aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage im Döllitzer Holze, auf der Kreuzung der Raschwitzer und Döllitzer Linie, unweit der **Lößniger Waldschänke**.

Leipzig, am 21. Januar 1889.

Des Raths Forstdeputation.

Aufforderung.

Bei der unterzeichneten Sparcasse befindet sich seit dem Jahre 1876 das von und auf den Namen **Therese Marie Schneider** in Schönefeld ausgefertigte Sparbuch Nr. 8228 in Verwahrung, ohne daß bis jetzt trotz verschiedener Nachforschungen die Besitzerin oder deren Rechtsnachfolger zu ermitteln gewesen wären.

Da nun neuerer Zeit von dritter Seite glaubhafte Ansprüche an dieses Sparbuch geltend gemacht worden sind, so werden hiermit die gen. Schneider, deren Erben oder Rechtsnachfolger nochmals aufgefordert, sich innerhalb 3 Monaten und längstens bis 24. April 1889 bei der unterzeichneten Sparcasse zu melden und ihre Ansprüche zu begründen.

Unterbleibt dies, wird nach Ablauf dieser drei Monate das Sparbuch Nr. 8228 mit seinem ganzen Einlagebestande an den jetzigen Antragsteller eigenthümlich ausgehändigt werden.

Leipzig-Reudnitz, den 23. Januar 1889.

Sparcasse der Parochie Schönefeld zu Reudnitz.

Robert Siebert, Director.

Bekanntmachung.

Abhanden gekommen ist in der Zeit vom 9. Januar Abends bis zum 10. Januar früh

eine braunlederne Brieftasche mit einer Reichsbanknote zu Tausend Mark, einigen Reichscassenscheinen zu 5 Mark und einigen Coupons (darunter einer am 1. Januar 1889 fälligen Coupon über 3 Mark zu dem Schuldscheine der Kgl. Preuß. consol. 4% Staatsanleihe sub Lit. H Nr. 63044 über 150 Mark).

Sollte Jemand über den Verbleib der Brieftasche mit Inhalt eine Auskunft zu geben im Stande sein, so wird derselbe ersucht, sich ungesäumt in unserem Commissariate zu melden und bittet man ganz besonders, auf das Vorkommen des obenerwähnten Coupons gefälligst zu achten.

Leipzig, am 24. Januar 1889.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Bretschneider. K.

Erstatteter Anzeige nach ist das für **Thecla Olga Kremse** aus Mittweida am 12. April 1887 hier ausgestellte Dienstbuch verloren gegangen.

Das Buch ist im Auffindungsfalle an uns abzuliefern.

Leipzig, den 23. Januar 1889.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

V. 43. Bretschneider. W.

Königliches Gymnasium.

Zur **Vorfeier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers**, welche **Sonnabend, den 26. Januar, Vormittags 10 Uhr**, durch einen Schulactus (Festredner Herr Oberlehrer Schlurick) begangen werden soll, ladet im Namen des Lehrercollegiums ergebenst ein

Leipzig, am 24. Januar 1889. Dr. **Richard Richter**.

Nicolai-Gymnasium.

Der **Schulactus** zur Vorfeier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers **wird Sonnabend, den 26. Januar**, 10 Uhr, stattfinden. Zu geneigter Theilnahme ladet im Namen des Lehrer-Collegiums ergebenst ein

Leipzig, 24. Januar 1889. Professor Dr. **Mayhoff**.

Thomasschule.

Zu der **Sonnabend, den 26. d. M., Vormittags 10 Uhr**, stattfindenden **Vorfeier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers** beehrt sich ergebenst einzuladen

Leipzig, am 24. Januar 1889. Dr. **Jungmann**.

Städtische Realschule mit Progymnasium Leipzig-Reudnitz.

Zu der **Sonnabend, den 26. d. M.**, früh 9 Uhr im Schulsaale abzuhaltenden **Vorfeier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers** ladet im Namen des Lehrer-Collegiums ergebenst ein

Dr. **Theodor Gelbe**, Director.

Oeffentliche Handelslehranstalt.

Zu der am Sonnabend, den 26. Januar, Vormittags 10 Uhr im Saale der Anstalt stattfindenden Feier des Geburtstages **Sr. Majestät des deutschen Kaisers** beehrt sich im Namen des Lehrer-Collegiums ergebenst einzuladen

Carl Wolfrum, Director.

Offene Copisten-Stelle.

Von dem unterzeichneten Gemeinderathe soll sofort ein **geübter Copist** mit einem Anfangsgehalte von jährlich 600 ℳ angestellt werden. Bewerber mit nur vorzüglichen Zeugnissen und Empfehlungen haben ihre Gesuche **bis Sonnabend, den 2. Februar d. J.**, anher einzureichen.

Gohlis, am 24. Januar 1889. **Der Gemeinderath.** Stager.

Nichtamtlicher Theil.

Die Wahlbewegung in Paris.

Es ist ein günstiges Zeichen der politischen Gesammtlage in Europa, daß die Kundgebungen der in Frankreich herrschenden Verwirrung gegenwärtig nur mit der Wirkung eines in die Ferne verhallenden Brausens an unser Ohr dringen. Frankreich ist durch die Verhältnisse genöthigt, sich mehr und mehr mit seinen eigenen Angelegenheiten zu befassen ohne Rücksicht auf den Einfluß, welchen diese Thätigkeit auf die übrigen Mächte hat. In Ermangelung der Möglichkeit, die Geschicke Europas zu bestimmen, wie das in früherer Zeit von Seiten Frankreichs vielfach geschehen ist, gewährte es dieser Macht doch eine gewisse Befriedigung, wenigstens keine Ruhe, kein festes Vertrauen auf die Erhaltung des europäischen Friedens aufkommen zu lassen. Seit einigen Monaten hat Frankreich auch in dieser Beziehung aufgehört, eine Rolle zu spielen, man beobachtet die Ereignisse, welche sich in diesem Lande zutragen, zwar mit der Aufmerksamkeit, welche ein so großes, reiches und bevölkertes Land stets in Anspruch nehmen wird, aber man gewöhnt sich allmälig daran, Frankreichs Entwickelung unabhängig von der Gesammtentwickelung unseres Erdtheils zu betrachten. Das ist ein unverkennbarer wichtiger Fortschritt, und es bleibt nur zu wünschen, daß die neue Erscheinung von Dauer sein möge, daß wir nicht eines Tages wieder genöthigt sein mögen, Frankreich einen erhöhten Grad von Aufmerksamkeit zuzuwenden, weil die Gefahr wieder im Zunehmen begriffen wäre, daß die Zuckungen des kranken Staatswesens sich nach außen hin bemerkbar machen.

Die Wahl Boulanger's in Paris wäre der Beweis dafür, daß die Hauptstadt den regelmäßigen Gang der Entwickelung des republikanischen Staatswesens zu unterbrechen wünscht, daß sie es vorzieht, den Schritt ins Ungewisse zu wagen, statt der Partei, welche bisher die Geschicke Frankreichs lenkte, auch fernerhin die Gestaltung der Zukunft anheimzustellen. Die Hauptfrage, um welche sich die gesammte Wahlbewegung in Paris dreht, ist die, ob Boulanger die Dictatur anstrebt oder nicht. Er selbst wehrt sich gegen die Bejahung dieser Frage aus Leibeskräften, weil er weiß, daß dem Worte Republik ein eigenthümlicher Zauber beiwohnt, welcher seine Wirkung auf die große Masse der Bevölkerung noch ungeschwächt ausübt. Boulanger hat seine Maßregeln danach nicht ungeschickt getroffen. Er hat das Schlagwort demokratische Republik im Gegensatz zur parlamentarischen Republik ausgegeben und damit angedeutet, daß im Parlament nicht das Volk, sondern nur eine bestimmte Clique herrscht, welche Frankreich für ihre Zwecke ausbeutet. Auch in seinem neuesten Wahlaufruf an die Arbeiter von Paris hat er diesen Gegensatz zu seinem Vortheil in den Vordergrund gestellt. Er hat auf seine Erfolge bei den Arbeitern im Norden Frankreichs hingewiesen und daraus den Schluß gezogen, daß die Arbeiter ihre Interessen durch ihn besser vertreten glauben als durch die Republikaner vom Schlage Ferry's und Floquet's. Den Arbeitern verspricht Boulanger eine Aera des Friedens, in welcher sich der Wohlstand und Reichthum des Landes zu neuer Blüthe entfalten werde, anders als in dem heutigen Frankreich, in welchem maßlose Verschwendung und Mißbrauch der Arbeitskraft die bestimmenden Merkmale der Entwickelung bilden. Es ist ja klar, daß Boulanger alle Kunstgriffe anwendet, um seine wahren Absichten zu verschleiern, daß sich hinter den verschwommenen Begriffen demokratische Republik und Volkssouverainetät nur die persönliche Macht des neuen Wahlcandidaten des Seine-Departements verbirgt, aber es giebt eine große Zahl von Leuten, welche das Boulanger durchaus nicht zum Fehler anrechnen, sondern welche es zufrieden sind, daß er eine Formel gefunden hat, durch welche er die großen Massen an seinen Triumphwagen spannen kann.

Alle Wahlaufrufe, welche sein Gegner Jacques erlassen hat, entbehren der packenden Wirkung, sie bewegen sich theils in verbrauchten Redensarten, theils stellen sie Nachahmungen der Wahltaktik Boulanger's dar, wie der Wahlaufruf, welcher mit den Worten schließt: „Kein Sedan!" Dadurch hat Jacques lediglich die Sache Boulanger's gefördert, denn er hat dadurch anerkannt, daß die lapidare Form des Wahlaufrufs die wirksamste ist bei den großen Massen. Im auffallenden Gegensatz dazu steht das Wahlmanöver, welches Jules Simon noch in letzter Stunde ausgeführt hat, um Boulanger's Niederlage herbeizuführen. In einem Opus von dem formidablen Umfange von 350 Seiten hat er die jüngere Generation, welche das Jahr 1851 nicht miterlebt hat, auf die Schrecknisse verwiesen, welche der 2. December des berüchtigten Jahres Frankreich gebracht hat. Auch das ist ein Schritt von sehr zweifelhaftem Werth, weil er Boulanger mit dem Nimbus eines Usurpators umgiebt, welcher ihn auf gleiche Stufe mit Napoleon III. erhebt! Die Republik des 4. September 1870 hat bisher noch nicht den Beweis erbracht, daß sie eine Verbesserung im Vergleich mit der Regierungszeit Napoleon's III. darstellt. Das Kaiserthum hat Frankreich doch eine Anzahl äußere Erfolge gebracht: den Krimkrieg mit der Eroberung Sebastopols und der Ausschließung Rußlands aus dem Schwarzen Meere, den Feldzug gegen Oesterreich mit den Siegen von Magenta und Solferino und der Vergrößerung des französischen Gebiets durch die Provinzen Savoyen und Nizza. Was hat dagegen die Republik von 1870 aufzuweisen? Die Antwort lautet: Tonkin und die Isolirung Frankreichs, endlich ein ungeheures Deficit.

Die neueste Errungenschaft der Republik, das neue Militairgesetz, welches Frankreich um eine Million Soldaten bereichert und ihm nach Freycinet's Auffassung die Ueberlegenheit über das deutsche Heer sichert, kann erst in der Zukunft zur Geltung kommen, vorläufig muß sich die Regierung mit dem Verbot der Aufführung des „Blauen Officiers" und mit der Zusammenballung der Faust in der Tasche begnügen. Das sind nicht die Erfolge, welche die große Masse der Franzosen zu befriedigen vermögen, diese zahlreiche und maßgebende Kategorie will Schaustücke sehen nach dem Vorbilde des römischen Kaiserthums, dessen Devise lautete: „Panem et Circenses", Brod und Spiele. Fortwährende Erhöhung der Steuern und der Militairlast ohne jegliches greifbare Ergebniß, das ist nicht nach dem Geschmack der Durchschnittsfranzosen, etwas „Gloire" ist das Mindeste, was sie als Gegenleistung beanspruchen.

Soweit sich die Sachlage in Paris von hier aus beurtheilen läßt, haben die Aussichten Boulanger's sich während der Wahlbewegung von Tag zu Tag verbessert, und der gemeinsame Candidat der Republikaner, der Destillateur Jacques, hat trotz seiner Würde als Vorsitzender des Generalraths der Seine den Glanz seines Nebenbuhlers, des Komödianten Boulanger, nicht zu verdunkeln vermocht. Der Wahlkampf dient wahrlich nicht dazu, die französische Hauptstadt in der öffentlichen Meinung des Auslandes zu heben, wohl aber dazu, das Vertrauen in die Aufrechthaltung der republikanischen Staatsform zu erschüttern. Wenn sich die Republik dazu entschließen könnte, aufrichtig den Frieden als die Grundlage ihrer Existenz und gedeihlichen Fortentwickelung anzuerkennen, dann hätte sie eine Zukunft, ohne diese Grundlage schwebt sie in der Luft. *

Leipzig, 25. Januar.

* Herr Rickert „fühlte sich gedemüthigt" durch die energische Zurückweisung, welche die conservative Parteileitung dem bekannten Pronunciamento der „Kreuzzeitung" zu Theil werden ließ. „Diese Thatsache genügt wohl (so führen die officiösen „Berliner Politischen Nachrichten" aus), um zu zeigen, wessen Geschäfte die „Kreuzzeitung" mit ihrem Vorgehen besorgte. In der That müssen die demagogischen Bestrebungen, welche seit längerer Zeit in der genannten Zeitung gepflegt werden, ihr Urtheil und ihren Blick ernstlich getrübt haben. Sonst konnte ihr nicht entgehen, daß die Veröffentlichung, welche sie als eine Schädigung des monarchischen Ansehens und der Krone denuncirt, auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers erfolgt ist. Weit davon entfernt, einen Schutz des königlichen Ansehens zu bilden, richtet jener Angriff auf die Veröffentlichung der Anklageschrift gegen Geffcken sich vielmehr direct gegen den Landesherrn. Der Pfeil war ja für ein anderes Ziel bestimmt gewesen, allein daß er damit zugleich auch gegen die Krone gerichtet war, verschlug der „Kreuzzeitung" nicht. Unter der Maske patriotischer Fürsorge um das Ansehen des Monarchen wurde der Pfeil geschnellt, obwohl es jedem Urtheilsfähigen klar war, wen er treffen mußte. In dieser Hinsicht giebt also die „Kreuzzeitung" der demokratischen und sonstigen demagogischen Presse nicht das Mindeste nach. Freilich eine merkwürdige Illustration zu dem an ihrem Kopfe angebrachten Satze: „Mit Gott für König und Vaterland!" — Die „Kölnische Zeitung" bemerkt zu dem Gebahren der „Kreuzzeitung":

Seit Monaten konnte man beobachten, daß die reactionaire Kreuzzeitungsgruppe den ruhigen und stetigen Gang unserer innern Politik mit wachsendem Unbehagen verfolgt. Es will den Stöckerianern nun einmal nicht gefallen, daß sich unsere Reichspolitik in gemäßigten und verläßlichen Bahnen bewegt, welche jedem besonnenen Liberalen eine freudige Mitarbeit an dem vaterländischen Werke ermöglichen. Die Kreuzzeitungspartei hat denn auch wiederholt ihrem Unmuth an der Rede des Grafen Douglas, an der Müller'schen Schrift über die Vorgänge der inneren Politik seit dem Regierungsantritt des Kaisers Wilhelm II. und schließlich an der „Kölnischen Zeitung" ausgelassen, welche von Stöckerei und Muckerei nichts wissen wollte. Will die „Kreuzzeitung" ehrlich sein, so wird sie uns zugestehen müssen, daß ihr „monarchisches Gefühl" sich über die Veröffentlichung der Anklageschrift gegen Geffcken nicht in so eigenartiger Weise entsetzt haben würde, wenn ihr die Gesammtrichtung des Fürsten Bismarck nicht gar zu liberal erschiene. Dieses besondere monarchische Gefühl der Stöckerianer fühlt sich, wie aus dem Wortlaut des Kreuzzeitungs-Artikels hervorgeht, nicht dadurch verletzt, daß das Andenken eines todten Kaisers, der von den Deutschfreisinnigen in den Staub und Dunst des Parteigetriebes herabgezerrt wird, unausbleiblich eine Trübung erfährt; was die Geschmackserren dieser Declarantengruppe unangenehm berührt, ist vielmehr die Thatsache, daß Fürst Bismarck dem „souverainen Volk" Gelegenheit gegeben hat, sich über das von den Reichsärgeren geschmähte Vorgehen der Reichsjustizverwaltung ein selbstständiges Urtheil zu bilden. Der Umstand, daß dieser überspannt-absolutistische Gedankengang, welcher uns mitten hineinführt in die tiefsten Tiefen der reactionairen Weltanschauung, unter dem zustimmenden Kopfnicken eines Theiles der liberalen und demokratischen Opposition entwickelt werden konnte, rückt die sittliche Ehrenhaftigkeit und die liberale Gesinnungstüchtigkeit dieser Opposition in die hellste Beleuchtung. Die Gerechtigkeit gebietet übrigens, anzuerkennen, daß die anständigeren, von Eugen Richter unabhängigen Organe der deutschfreisinnigen Partei dieses widerwärtige Treiben nicht mitgemacht haben. Selbst conservative Blätter, wie die „Leipziger Zeitung", machen der „Kreuzzeitung" bemerkbar, daß ihre Aeußerung auf eine „Verneinung des Verfassungsstaates" hinauslaufe und daß man die „Macht der öffentlichen Meinung" nun einmal nicht aus der Welt schaffen könne. Der Radicalismus, welcher dieser reactionairen Theorie zujubelte, blieb übrigens lediglich seiner historischen Rolle als hirnlos unbewußtes Werkzeug der Reaction getreu. Das Donnerwetter, welches sich inzwischen über den Häuptern der Kreuzzeitungsritter entfesselte, hat nun auch die radicale Bespiegelung vernichtet, als müsse die Declarantengruppe einen starken Rückhalt haben. Die conservative Partei des Reichstags, des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses hat sich gegen das Blatt gewandt, welches sich bei jeder Gelegenheit geberdete, als ob Alles, was gesittet und geboren einherschreitet, hinter ihm stände. Vielleicht gewähren die lebhaften Sympathien, welche Eugen Richter den reactionairsten aller Reactionaire zuwendet, der „Kreuzzeitung" einigen Trost bei ihrem Unfall.

* Das preußische Abgeordnetenhaus hat seiner Zeit eine Resolution dahin gefaßt, daß die Regierung angegeben sei, im Bundesrathe auf eine reichsgesetzliche Regelung der Herstellung und des Vertriebes von Bier hinzuwirken. Es sind nun, wie es heißt, Verhandlungen über diese Frage bei den betheiligten Reichsämtern, wie unter den verbündeten Regierungen im Gange.

* Bei der Stichwahl im Reichstagswahlkreis Offenburg-Kehl hat der ultramontane Candidat, Herr Reichert, mit 9835 Stimmen über den nationalliberalen Candidaten, Herrn von Bodmann, welcher 9235 Stimmen erhielt, gesiegt. Die Socialdemokraten haben Mann für Mann für den Centrumscandidaten gestimmt und dadurch dessen Sieg herbeigeführt. Wer die beiden Parteien kennt, konnte das natürlich nicht anders erwarten. Jahr für Jahr treiben die Socialdemokraten den Schwindel, bei solchen Stichwahlen Stimmenthaltung zu predigen und jedesmal stimmen sie Mann für Mann für Ultramontane und Deutschfreisinnige. Und das Centrum verkündigt unaufhörlich salbungsvoll, seine Grundsätze seien die alleinige Rettung gegen die Socialdemokratie, der heilige Vater erläßt einen Hirtenbrief nach dem andern gegen diese Partei des Umsturzes; aber dennoch streichen die Ultramontanen schmunzelnd die socialdemokratischen Stimmen ein und buhlen darum in der unwürdigsten Weise. Der Sieg des ultramontan-socialdemokratischen Candidaten kann uns in keiner Weise entmuthigen. Der Wahlkreis gehörte zu den allerunsichersten. Er war anderthalb Legislaturperioden hindurch im Besitz des Centrums und erst im Februar 1887 mit geringer Mehrheit von den Nationalliberalen erobert worden. Der kirchlich-katholischen Partei wird das Bündniß mit der Umsturzpartei schwerlich Segen bringen.

* Ein starkes Ueberwiegen der eingewanderten Bevölkerung von Metz im Vergleich zur einheimischen Einwohnerschaft hat sich schon bei der vorletzten und noch mehr bei der letzten Volkszählung herausgestellt. Es hat dies denn auch dazu geführt, daß die Gemeindeverwaltung sich veranlaßt sah, in der noch 1870 rein französischen Stadt das Deutsche als amtliche Geschäftssprache einzuführen. Inzwischen hat sich das Verhältniß noch mehr zu Gunsten des Deutschthums verschoben, da die Mehrzahl der sich zurückziehenden eingeborenen Geschäftsleute sich in den französischen Nachbarstädten niederzulassen pflegt, während die entstandenen Lücken durch Zuzug aus altdeutschen Ländern gedeckt werden. Unter solchen Umständen ist es erklärlich, daß das altdeutsche Element sowohl im Gemeinderath als auch im lothringischen Bezirkstag entsprechende Vertretung gefunden hat. Dagegen ist es bis jetzt nicht gelungen, einen Altdeutschen in die Handelskammer zu bringen; auch bei den letzten Neuwahlen gingen lediglich Eingeborene aus der Urne hervor.

* * *

* Zwischen dem Prinzen Ferdinand resp. dem bulgarischen Ministerpräsidenten Stambulow und der bulgarischen Landessynode schwebt gegenwärtig ein scharfer Conflict, dessen wir vor einiger Zeit schon Erwähnung gethan, welcher aber sich so hartnäckig erweist, daß er wohl einer eingehenden Beleuchtung werth ist. Die bulgarische Landeskirche untersteht bekanntlich der u. A. aus den 9 Erzbischöfen und Bischöfen des Landes zusammengesetzten Synode. Da die Bischöfe aber von dem bulgarischen Exarchen in Konstantinopel, welchem sämmtliche Christen bulgarischer Nationalität im türkischen Reiche unterstellt sind, ein- und abgesetzt, sowie versetzt werden, so steht die Synode unter dem thatsächlichen Einflusse des Exarchen, welchem hinwiederum, ohne Zweifel mit gutem Grunde, nachgesagt wird, daß er seinerseits von dem russischen Botschafter in Konstantinopel beeinflußt sei. Die Anfang Januar n. St. in Sofia zusammengetretene bulgarische Synode nun hat eine auffallende Mißachtung des Prinzen Ferdinand und der Regierung überhaupt an den Tag gelegt. Zunächst haben, obgleich die Synode zum ersten Mal seit des Prinzen Ferdinand Thronbesteigung sich versammelte, drei Bischöfe, unter ihnen der Metropolit Klement und Bischof Martinowo, es für unnöthig gehalten, dem Prinzen ihre Aufwartung zu machen oder auch nur von Stambulow irgend welche Notiz zu nehmen. Sie blieben sogar aus, als der Prinz die Mitglieder der Synode zu sich einlud, ja, sie veranlaßten auch die anderen, sich ferne zu halten, und um Allem die Krone aufzusetzen, griffen sie den Prinzen und seinen Rathgeber in der Synode selbst an und beschuldigten jenen römischer Propaganda und fortgesetzter Beleidigung der Orthodoxen. Stambulow empfahl